

## **Verleihung des „Hans-Olaf-Henkel-Preises - Preis für Wissenschaftspolitik“ Rede von Preisträger Prof. Dr. Hans Joachim Meyer**

**Berlin, 28. November 2013**

Dank für die Ehrung mit dem Hans-Olaf-Henkel-Preis für Wissenschaftspolitik der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz

„Völlig unerwartet und hoffentlich nicht völlig unverdient“ – das war meine erste Reaktion auf den Anruf von Präsident Karl Ulrich Mayer, die Jury hätte entschieden, mich mit dem Hans-Olaf-Henkel-Preis für Wissenschaftspolitik auszuzeichnen. Gleichwohl war es keine unerfreuliche Nachricht.

Natürlich gilt mein erster Dank der Jury der Leibniz-Gemeinschaft unter dem Vorsitz von Prof. Joachim Treusch. So viel geballte Kompetenz aus Politik und Wissenschaft muss sich etwas dabei gedacht haben.

Mein langjähriger Ministerpräsident, Prof. Kurt Biedenkopf, war so freundlich, die Aufgabe zu übernehmen, diese Entscheidung, an der er nicht beteiligt war, zu loben. Kurt Biedenkopf und ich begegneten uns zum ersten Mal am 17. Juni 1990 bei der Feier im Berliner Konzerthaus. Damals war ich in der letzten DDR-Regierung unter Lothar de Maiziere Minister für Bildung und Wissenschaft. Es war eine Zeit des Abbruchs und des Aufbruchs. Im November des gleichen Jahres berief mich Kurt Biedenkopf zum Minister für Wissenschaft und Kunst in Sachsen. In den folgenden Jahren des Aufbaus in Sachsen sah ich meine Aufgabe im Erneuern und Bewahren. Es war eine geschichtlich wahrhaft singuläre Zeit, die fest mit dem Namen Kurt Biedenkopf verbunden ist. Umso dankbarer bin ich ihm dafür, dass er sich für die Laudatio gewinnen ließ und gemeinsame Erinnerungen in mich bewegender Weise ins Wort brachte. Als Wissenschaftler und Politiker hat er in seinem Leben und Wirken erfahren, in was für einem Spannungsverhältnis diese beiden Gebiete stehen – die Wissenschaft und die Politik.

Ich verstehe gut, wenn Frau Bundesministerin Wanka sich freut, wenn im Koalitionsvertrag trotz drohender finanzieller Verengungen bedeutsame Fördersummen für die Wissenschaft angekündigt werden. Und es gehört zu den Aufgaben des Präsidenten der Leibniz-Gemeinschaft, die gesellschaftliche Relevanz von Forschung zu betonen. Es soll also keine Gegenrede sein, wenn ich jetzt ein Plädoyer halte für die Herausforderungen der Wissenschaftspolitik.

Denn: Auch für die gegenwärtige Gesellschaft, die sich mit guten Gründen eine Wissensgesellschaft nennt, gilt eine alte und ständig neu zu gewinnende Einsicht: Politik und Wissenschaft folgen ihren je eigenen Bewegungsgesetzen. Bei Licht besehen gibt es sogar keinen größeren Gegensatz als den zwischen Politik und Wissenschaft. Ich meine das nicht in einem polemischen Sinn. So, als wollte ich den Staub von zwölf Jahren in der aktiven Politik hier endgültig aus meinen Kleidern schütteln. Und dabei insgeheim auf den Beifall eines wissenschaftsdominierten Auditoriums spekulieren. Ich halte es im Gegenteil für die Voraussetzung von Wissenschaftspolitik, sich den Unterschied zwischen politischem Denken und Handeln und wissenschaftlichem Denken und Handeln klar zu machen und diesen, so gut dies in der stets drängenden Wirklichkeit möglich ist, zu beachten.

Die Politik hat es immer mit der jeweils konkreten Realität zu tun. Und ganz gleichgültig, ob sie diese bewahren oder programmatisch verändern will – es ist der wirkungsvolle Umgang mit der Realität, welcher über ihren Erfolg entscheidet. Erfolg ist ihr wichtigstes, wenn nicht ihr einziges Leistungskriterium: Gelingt es ihr, die Realität so zu bewahren oder so zu gestalten, dass sie zumindest gegenwartstauglich, idealerweise jedoch zukunftsfähig ist? Ob sie solchen Erfolg hat, beurteilen andere. Zum Wesen demokratischer Politik gehört es, dass Erfolge kurzfristig wirksam oder doch wenigstens kurzfristig erkennbar sein müssen. Denn nur durch die Kurzfristigkeit der Chancengewährung kann die Bürgerschaft die Kontrolle über die politische Macht behalten. Wer langfristige Ziele verfolgt, braucht nicht nur Energie und Ausdauer, sondern auch die Gabe, zu überzeugen und Vertrauen zu gewinnen. Auch dann erweist sich erst später, ob die Ziele richtig und wertvoll waren.

Das Ziel von Wissenschaft ist dagegen Erkenntnis, ist also, die Realität zu durchschauen oder ihr doch ein Stückchen vorläufiger Wahrheit abzuringen. Die neue Erkenntnis mag auch dazu dienen, Realität zu bewahren oder zu verändern. Ein wissenschaftliches Erfolgskriterium ist das eigentlich nicht. Und Wahrheit hängt nicht von Zustimmung ab, sondern bewährt und verändert sich im Streit. So bleibt der Wissenschaft als das in der Zeit einzig Beständige nicht das Ergebnis, nicht der Zweck, nicht die Antwort, sondern die Frage, die sich immer wieder erneut stellende Frage. Darum ist der Wettstreit um neue Erkenntnis ein Bewegungsmoment der Wissenschaft. Was dagegen die Politik von der Wissenschaft als Erkenntnisprozess erwartet, sind verwertbare Ergebnisse, nämlich Innovationen für Wirtschaft und Gesellschaft, marktfähige Produkte für die globale Konkurrenz, einsetzfähige Absolventen, so diese gerade benötigt werden. Und dies alles mit zweckorientierter Effizienz und in überschaubarer Zeit. Auch die Wissenschaft selbst, wenn sie im öffentlichen Diskurs ihren Wert dartun will, bedient sich genau dieser Kategorien und verstärkt dadurch noch das gesellschaftliche Missverständnis über das, was ihr Wesen ausmacht. Doch was bleibt ihr anderes übrig?

Über diesen Abgrund muss die Wissenschaftspolitik Brücken bauen – unsichere, wenig belastbare, von anderen Politikressorts beargwöhnte, geneidete, in ihrer Notwendigkeit bestrittene Brücken und Brückchen. Sie muss in der Politik um Verständnis für die Wissenschaft werben. Und wenn ihr das nicht gelingt, die Wissenschaft dafür um Verständnis bitten. Dazu kommt die Spannung zwischen Bund und Ländern. Aus geschichtlicher Erfahrung muss Politik für ein föderales Deutschland sein. Die Wissenschaft denkt und handelt jedoch großräumig und grenzüberschreitend. Der Ort der Wissenschaftspolitik ist der klassische Sitz zwischen zwei Stühlen. Sie kann sich dabei einreden, wenigstens fest auf der Erde zu sitzen. Nur: Wer sieht sie da? War das der Grund, einen Preis für Wissenschaftspolitik zu stiften?